

Plenarrede von Wilhelm Hausmann MdL

Zu TOP 12 der Plenardebatte am 19.05.2021, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen (Drucksache 17/13774): „Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen“

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Arndt Klocke, bevor wir gleich alle an einem Strang ziehen, muss ich euch leider noch ein paar Punkte ins Stammbuch schreiben. Das gehört, glaube ich, zu den Gepflogenheiten in diesem Haus.

Damit wir uns von vornherein richtig verstehen: Der Bau von verkehrlicher Infrastruktur, der Bau von Straßen bedeutet zugleich den Bau von Radwegen und Fußwegen. Wer wie Sie jahrelang den Bau von Straßen und von Infrastruktureinrichtungen für Teufelswerk erklärt hat und bekämpft hat,

wer wie Sie jahrelang das Signal gesendet hat, es ist schon alles gebaut, der braucht sich heute nicht darüber zu wundern, dass eine ganze Generation von Ingenieuren, die wir jetzt brauchen könnten, die berufliche Zukunft woanders gesucht hat.

Mit der Regierungsübernahme durch die NRW-Koalition haben wir auf diesem Feld das Ruder um 180 Grad herumgerissen, raus aus dem rot-grünen Defätismus, hin zu einem Jahrzehnt des Infrastrukturausbaus. Damit meine ich Straßen, Eisenbahnen, Radwege und auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Jetzt sind die Signale anders gestellt, und wir spüren, dass auch in unserem Land junge Menschen ihre berufliche Perspektive wieder in dieser Aufgabe suchen. Aber das dauert.

Schnell konnte der Verkehrsminister zum Glück Planungsstellen für den Straßenbau besetzen. Aber damit bin ich bei einem Punkt, den ich schon oben angeführt habe: Wer Straßen ausbaut, baut damit auch Radwege aus – das, was Sie so sehr schätzen.

Lieber Arndt Klocke, ich freue mich, dass wir in dieser Auseinandersetzung zusammenkommen. Denn mir ist eine drängelnde und fortschrittliche Haltung der Grünen beim Infrastrukturausbau viel, viel lieber, als wenn unsere Grünen keine Gelegenheit auslassen, mit Bürgerinitiativen vor Ort grundsätzlich gegen jede neue Infrastrukturmaßnahme vorzugehen. Das ist Ihr wahres Dilemma, für das Sie erst einmal in den eigenen Reihen eine Lösung finden müssen.

Lieber Arndt Klocke, ich erinnere mich auch gut an eine Ausschusssitzung im Jahr 2017, in der von grüner Seite zugestanden wurde, dass die rot-grüne Koalition seit 2013 durchgehend weiter Stellen abgebaut hat. Dies hat zwar auch die schwarz-gelbe Landesregierung von 2010 angetan, aber unter anderen Vorzeichen. So fiel die Mobilitätswende in Ihre Regierungszeit, aber Sie waren schlicht und einfach nicht in der Lage, dort entsprechend umzusteuern.

Ich will das an dieser Stelle auch gar nicht endlos weit vertiefen. Denn wie ich weiß, haben wir beide an dieser Form des Pingpongspiels keine rechte Freude. Ich möchte Sie aber in die Pflicht nehmen, für die Zukunft klarzustellen, dass über die Legislaturperioden hinaus Planungsperspektiven und damit auch Beschäftigungs- und Investitionsperspektiven für unsere Infrastruktur und die darin tätigen Unternehmen gemeinsam getragen werden.

Dabei werden wir uns sicherlich schnell darüber einig werden, dass das nicht mehr die bequemste Mobilität sein muss, sondern die ökologisch verantwortungsvollste Mobilität im Rahmen eines sinnvollen Mixes aller Verkehrssparten, die wir dafür nutzen können.

Wenn ich in Ihren Forderungskatalog hineinschaue, freue ich mich, dass dort jetzt auch die Digitalisierung vorkommt, die Sie damals bei Ihrer Bauordnung noch vergessen hatten. Die Digitalisierung bei der Planung, die wir eingeführt haben, wird zu einer erheblich höheren Produktivität und zu einem erheblich interessanteren Arbeitsumfeld für junge Ingenieure führen.

Das Thema „lange Planungszeiten“ hängt ja oft mit diesen eben erwähnten Bürgerinitiativen vor Ort zusammen. Ich würde mir wünschen, dass man, bevor man in die Bürgerinitiativen hineinrennt, erst einmal eine Aufklärungsinitiative macht, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht sofort emotionalisiert sind, sondern durch ihre Politiker eine richtige Einschätzung dessen bekommen, worum es eigentlich geht. Das wäre eine verantwortungsvolle Begleitung von Planungsprojekten.

Ich frage mich auch – darin unterscheiden wir uns –, ob das mit dem öffentlichen Dienst gelöst werden kann. Ihre Lösung, den öffentlichen Dienst immer weiter auszubauen und damit die öffentlichen Haushalte weiter aufzublähen und für zukünftige Generationen weitere Personal- und Pensionskosten anzuhäufen, kann hier nicht die Lösung sein, vor allem nicht, wenn wir schnell zurande kommen wollen. Das ist nicht mit dem öffentlichen Dienst zu lösen, sondern dadurch zu lösen, dass wir dort, wo wir Aufträge in die Wirtschaft vergeben, eine Kontinuität ermöglichen.

Das Problem, das die Wirtschaft und Planungsbüros oft nennen, ist: Entweder vergibt der Staat gar nichts an Aufträgen oder er vergibt zu viel auf einmal. – Das Entscheidende ist, dass wir eine kontinuierliche Auftragserteilung auch über die Legislaturperioden hinweg – denn so lang sind ja unsere Planungsprozesse – hinbekommen. Damit hätten wir auch ein gutes Angebot in der freien Wirtschaft, die uns dann beim Ausbau der Infrastruktureinrichtungen flexibel begleiten kann.

In vielem sind wir uns einig, aber in der Lösung, die Sie vorschlagen, das mit dem öffentlichen Dienst zu machen, sind wir uns bestimmt nicht einig. Ich glaube, die interessanteren und spannenderen Berufsumfelder, die Sie hier beschreiben wollen, werden wir in der Wirtschaft finden. Die Wirtschaft wird uns sehr schnell dabei helfen, diese Probleme zu lösen, wenn wir es schaffen, unsere Hausaufgaben auch in diesem Hause zu machen und kontinuierliche Planungsprozesse und verlässliche Infrastrukturperspektiven über die Zeit einer einzelnen Legislaturperiode hinaus zu entwickeln. – Vielen Dank.